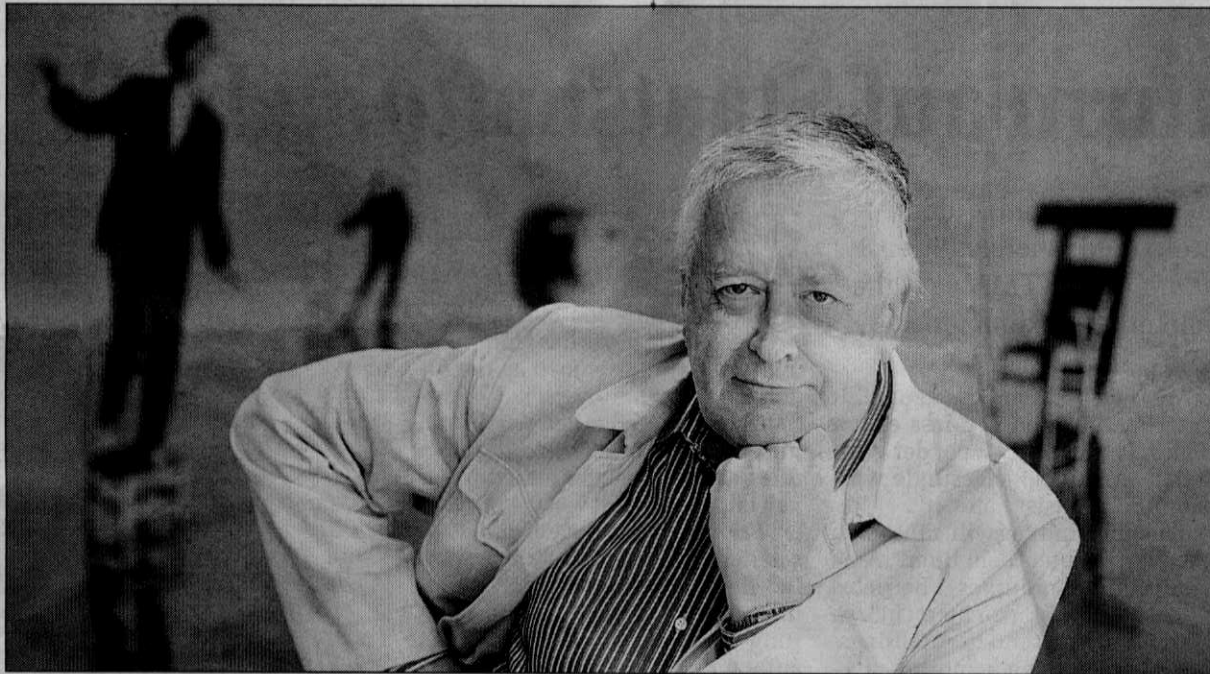


„Das ist ein kleines Kartell von Wissenschaftlern“

Der deutsche Klimatologe **Hans von Storch** mahnt dringend zur Festlegung realistischer und verbindlicher Klimaziele. Ebenso massiv warnt er im Gespräch mit **Johanna Ruzicka** vor Klima-Alarmismus.



Der Hamburger Klimaforscher Hans von Storch kritisiert die „Kopenhagener Diagnose“ scharf. Sie sei die Meinung von 25 Wissenschaftlern, aber kein repräsentatives Forschungsergebnis. Foto: GKSS-Forschungszentrum

STANDARD: Sie sind ein Kritiker des Weltklimarates IPCC. Warum?

Von Storch: Ich habe zum IPCC ein paar Vorbehalte, aber das ist keine Kritik am IPCC als Ganzen. Was ich kritisiere, ist die Praxis, die sogenannten Leitautoren der IPCC-Berichte aus der Gruppe der besonders sichtbaren Experten des entsprechenden Bereiches zu wählen. Also jene, die am meisten zu dem Thema veröffentlicht haben und die dann als Leitautoren im IPCC-Bericht bisweilen die eigenen Arbeiten und die Arbeiten ihrer unmittelbaren Freunde dominieren lassen. Das ergibt ein nicht sehr breites Meinungsspektrum.

STANDARD: Also Freunderlwirtschaft in der Klimatologenszene?

Von Storch: Wenn man in Österreich so sagt: Ja.

STANDARD: Wie sieht es dann aus mit den Szenarien des IPCC, die ja Furchterregendes für die Zukunft prognostizieren. Stimmt das jetzt oder nicht?

Von Storch: Diese „furchterregenden“ Szenarien kommen nicht vom IPCC. Es geht bei den Szenarien um eine mögliche Zukunft, nicht um

Prognosen. Furchterregende Szenarien werden in der Tat in die Öffentlichkeit kommuniziert – aber von einzelnen Wissenschaftlern, die diese als abgesicherte Erkenntnisse darstellen.

STANDARD: Ein Beispiel?

Von Storch: Es gab kürzlich eine „Kopenhagener Diagnose“ von 26 Wissenschaftlern. Die haben den Eindruck erweckt, es wäre eine Fortschreibung des IPCC-Berichtes (DER STANDARD berichtete, Red.). Damit wurde der Eindruck erweckt, als wären dies Forschungsergebnisse mit der entsprechenden Autorität. Es handelt sich aber um die Meinung von 26 Individuen. –

Und solche Dinge kommen andauernd vor. Einzelne Aussagen zur Erhöhung des Meeresspiegels, die deutlich höher als beim IPCC ausfallen, werden als unkontrovers dargestellt. Solche Einzelaussagen als wissenschaftlichen Konsens hinzustellen ist eine Anmaßung der Autoren.

STANDARD: Wenn Sie den Klimarat so in Schutz nehmen: Warum haben Sie dann beim letzten Sachstandsbericht des IPCC nicht mehr mitgearbeitet?

Von Storch: Ich sollte Review-Editor für ein Kapitel sein. Dazu hatte ich einfach keine Lust. Jetzt habe ich den Vorteil, als Nichtbeteiligter

mich unabhängig zu den Berichten äußern zu können.

STANDARD: Ist die Bedrohung, die aus der anthropogenen Erderwärmung entsteht, also nicht so groß, wie immer hingestellt wird?

Von Storch: Die Bedrohung ist sehr real. Und deshalb ist es wichtig, dass man sich bei den Verhandlungen in Kopenhagen zu wirklich wirksamen Emissionseinsparungen durchringt. Denn die erhöhten Konzentrationen von Treibhausgasen in der Atmosphäre bewirken den Klimawandel, das ist weitestgehend unbestritten. Diese erhöhten Treibhausgaskonzentrationen sind vom Menschen verursacht.

Das heißt aber, dass wir auch in der Lage sind, das Problem zu steuern. Je weniger in die Atmosphäre gelangt, desto geringer sind die Veränderungen.

STANDARD: Alarmismus ist also nicht angebracht?

Von Storch: Alarmismus ist sogar ausgesprochen schlecht, und Sie haben in Österreich mit der Frau Professor Helga Kromp-Kolb eine Wissenschaftlerin, die für einen besonders schrillen Alarmismus steht. Sie ist dafür in den Medien gefeiert worden – da sollten die Medien mal in den Spiegel gucken.

STANDARD: Aber Frau Kromp-Kolb gilt als international anerkannte Expertin – was stört Sie konkret?

Von Storch: International anerkannt – wie kommen Sie denn darauf? Die Dame ist außerhalb Österreichs zumindest in der Klimaforschung unbekannt. Sie stellt spekulative Aussagen zur Klimazukunft als Sicherheiten dar, übertreibt, dramatisiert. Wissenschaftler wie Kromp-Kolb glauben, sie müssten einem politischen Zweck dienen. Aber wenn das die Öffentlichkeit rauskriegt – dass sie Politik zu hören kriegen und nicht wissenschaftliche Expertise –, dann hören die Leute nicht mehr zu. Nur wenn wir nachhaltig argumentieren, werden wir auch langfristig gehört werden.

STANDARD: Sie nehmen den IPCC so in Schutz – dabei ist doch erst kürzlich eine Art Climategate aufgefliegen. Mit Mails von IPCC-Klimatologen, die darin schreiben, dass Zweifler am Klimawandel tunlichst aus den Berichten herausgehalten werden sollen.

Von Storch: Jede Organisation hat schwarze Schafe. Hier ist es ein kleines Kartell von Wissenschaftlern, die im IPCC eine Rolle gespielt und großen Einfluss haben. Ich würde dem IPCC raten, dass er diesen Personenkreis nicht mehr bemüht beim nächsten Sachstandsbericht.

ZUR PERSON:

Hans von Storch (60) ist Klimaforscher und Meteorologe an der Universität Hamburg und Leiter des Instituts für Küstenerforschung am GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht. Er war als Leitautor am dritten Sachstandsbericht des Weltklimarates IPCC beteiligt, lehnte es aber ab, als begutachtender Autor am vierten Bericht mitzuwirken.

UN-Entwürfe bringen Dynamik in Klimagespräche

Entscheidende Verhandlungen in dieser Woche – Kritik an dänischer Polizei wegen Vorgehens gegen Demonstranten

Julia Raabe

Kopenhagen/Wien – Im Bella Center in Kopenhagen gehen die Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen in die heiße Phase. Seit die UN am Freitag zwei Textentwürfe als mögliche Verhandlungsgrundlage für einen neuen Vertrag präsentiert haben, ist Dynamik in die Gespräche gekommen. Ab Mittwoch beginnen die Beratungen auf höchster politischer Ebene.

Die Umweltminister versuchten in informellen Beratungen am Sonntag zunächst vergeblich, strittige Punkte zu klären. „Es gibt noch viele ungelöste Probleme“, sagte die dänische Klimabeauftragte Connie Hedegaard vor der Presse.

Die Verhandlungen laufen parallel auf zwei Schienen: Unter dem Kürzel KP verhandeln die Staaten, die das Kioto-Protokoll ratifiziert haben. Hier geht es vor allem um die Emissionsziele der Industriestaaten nach 2012, wenn die Kioto-Periode endet. Der nun veröffentlichte Textentwurf aus dieser

Gruppe übertrifft die bisherigen Angebote der entwickelten Länder: Er sieht vor, die Emissionen um 30 bis 45 Prozent auf Basis der 1990er Werte zu senken. Es gibt zwei Vorschläge, für welche Zeitspanne das gelten soll: Die Gruppe der G-77 plädiert für die Periode 2013 bis 2017, die EU peilt bis 2020 an.

Der Textentwurf ist 27 Seiten lang und enthält auch Bestimmungen, wie Wälder in die Emissionsbilanz eingerechnet werden. Diskutiert werde in dieser Gruppe zudem, die Liste der Treibhausgase auf einige fluorierte Gase auszuweiten, berichtet ein Diplomat.

Unter LCA (Long Term Cooperative Action) laufen die Verhandlungen über ein globales Abkommen, an denen auch die Nicht-Kioto-Staaten teilnehmen – darunter die USA. Deshalb wird der LCA-Textentwurf, sieben Seiten lang und mit noch vielen offenen Punkten, vor allem von der EU als besonders wichtig eingeschätzt. Hier sollen die Emissionen der Industriestaaten zwischen 25 und 45

Prozent bis 2020 gesenkt werden, bezogen auf 1990. Die Entwicklungsländer sollen die Emissionen um 15 bis 30 Prozent senken, ausgehend vom projizierten Anstieg. Als maximale Erderwärmung sind 1,5 oder zwei Grad vorgesehen.

Österreicher festgenommen

Starke Kritik gab es an der dänischen Polizei. Fast 1000 Menschen waren nach einer Demonstration mit bis zu 100.000 Teilnehmern am Samstag „vorsorglich“ festgenommen worden, darunter vier Österreicher. Polizisten hätten auf friedliche Demonstranten eingepöbeln und wahllos Leute abgeführt, schilderte ein Augenzeuge dem STANDARD. Die meisten wurden nach Stunden freigelassen, die Polizei entschuldigte sich später für ihr Vorgehen. Bei neuen Protesten am Sonntag wurden erneut bis zu 200 Leute festgenommen. Unter dem Stichwort „Lümmelpaket“ hat Dänemark ein schärferes Vorgehen gegen Demonstranten eingeführt.

Spar-Autobahnen dringend gesucht

Arbeitsgruppe im Verkehrsministerium soll Ausbauprogramm abspecken

Luise Ungerboeck

Wien – Das binnen zwei Jahren aus der Spur geratene Autobahnbaubudget der Asfinag beginnt nun auch die Eigentümervertreter zu beunruhigen. Wiewohl man im Verkehrs- und im Finanzministerium zu den drohenden Kostenausweitungen im Volumen von mehr als zwei Milliarden Euro nobel

schweigt, steht eines fest: Anfang 2010 soll eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die das per Konjunkturpaket auf 8,6 Milliarden Euro hochgeschraubte Autobahnen- und Schnellstraßen-Ausbauprogramm auf ein für die Asfinag-Bilanz verträgliches Maß zurückzuschrauben soll, erfuhr DER STANDARD von Insidern des Verkehrsministeriums.

Suchen soll die bei Verkehrsministerin Doris Bures (SPÖ) angesiedelte Arbeitsgruppe jene Autobahnstücke, die möglichst weit in die Zukunft verschoben oder komplett auf Eis gelegt werden sollen.

Dafür bieten sich eine ganze Reihe an, denn das erst Anfang März 2009 aufgedoppelte Bauprogramm besteht durch die Bank aus Streckenabschnitten mit einem negativen Barwert. Heißt auf gut

matisch, dass der Ausbau als Bundesstraße nicht lohnt. Die Verlängerung der Wiener Südosttangente A23 von Hirschstetten nach Raasdorf ist so ein Fall: Sie ist als innerstädtische Verkehrslösung unumstritten wichtig, für das hochrangige Straßennetz allerdings entbehrlich, weil sie keine überregionale Verkehrsader darstellt.

Gleiches gilt für S10 von Unterweikersdorf nach Freistadt und Wullowitz, die Weinviertler Schnellstraße (S3, Hollabrunn bis Kleinhaugsdorf) oder die A5 von Schrick bis Drasenhofen: Sie alle dürften mangels Auslastung nicht vom Bund zur Schnellstraße ausgebaut werden, sondern sind laut Bundesstraßengesetz von den jeweiligen Bundesländern zu finanzieren. Als Fixstarter für das Altschneisen gilt auch die Klagenfurt

ZahlenLotto

1-90 Das andere Lotto

Ziehung vom 12. 12. 2009

ToiToiToi

GLAUB ANS GLÜCK.

Ziehung vom 12.12.2009

2 1 4 8 2

Angaben ohne Gewähr